

**Stellungnahme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum von der CDU- und der SPD-Fraktion
gestellten Antrag zur „Prüfung von umfassenden Änderungen im Bereich der Kinder-, Ju-
gend- und Familienbetreuung“ (sogenannte „Vision“) und zu den Ergebnissen des „Runden
Tisches“**

Im Bundestagswahlkampf 1980 hat Helmut Schmidt (SPD) gesagt, „wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Diese Meinung teilen wir nicht. Aber wer Visionen für eine ganze Stadt entwickeln möchte, der sollte frühzeitig und ergebnisoffen alle relevanten Akteure und auch die Bürger mit in die Diskussion darüber einbinden.

Die Fraktionen der SPD und der CDU in Bassum haben unter ärztlicher Begleitung eine sogenannte „Vision“ erdacht, aber damit wurden die Bürger eher überfahren.

Die Frage bleibt, was wäre die Vision der Bassumer Bürger für eine lebenswerte Stadt?

Die sogenannte „Vision“ hat ihre Prüfung im Rahmen des „Runden Tisches“ aus unserer Sicht nicht bestanden, sie wurde sowohl als „großes Ganzes“ als auch in allen Teilen widerlegt.

Kein Vertreter außerhalb der Fraktionen der SPD und der CDU hat sich am „Runden Tisch“ grundsätzlich für die sogenannte „Vision“ als Solche ausgesprochen. Eine mögliche politische Grundsatzentscheidung dafür ist aus verschiedenen Gründen strikt abzulehnen:

1. **Es gibt keine Zielformulierung.** Die sogenannte „Vision“ besteht aus Ideen, über die nachgedacht werden kann, jedoch bleibt es unklar, wohin der Weg als Ganzes führen soll.
2. **Keine der Ideen ist mit durchdachten Konzepten versehen.** Alles hängt lose an einer Kette von räumlichen Verschiebungen. Es gibt kein Schulstandort-, Familienberatungs-, Kindergarten- oder Jugendhauskonzept. Einzig für den Tierpark liegt inzwischen eines vor, und das stammt nicht von den „Visionären“!
3. **Seit der Entscheidung über den Neubau einer Krippe besteht keinerlei Zeitnot mehr.**

Der „**Runde Tisch**“ konnte auch in vier Runden **keinen Aufschluss über die Vorteile bzw. den besonderen Nutzen der sogenannten „Vision“** in dieser Form geben (v.a. bei der Frage der Schließung der Grundschule Petermoor). **Demgegenüber stehen sehr hohe und bislang nur grobe Kostenschätzungen – ein Fass ohne Boden!**

In einigen Fällen stimmen wir mit der grundsätzlichen Richtung der sogenannten „Vision“ überein und hatten hier im **Dezember 2011 bereits entsprechende Anträge und/oder Konzepte vorgelegt:**

- Antrag auf den Bau zweier Außensportflächen mit Kunstrasenplatz
- Antrag zur Konzepterarbeitung und schrittweisen Umsetzung des Sportzentrums in einen Freizeitpark
- Antrag zur Planung und zum Bau eines attraktiven, zentral gelegenen Spielplatzes
- Antrag zur Erarbeitung eines Nutzungs- und Entwicklungskonzeptes für die Sulinger Straße
- Antrag zur schrittweisen Attraktivierung und Weiterentwicklung des Tierparks Petermoor.

Einiges findet sich in der sogenannten „Vision“ wieder, doch **es fehlen noch Konzepte, genau wie die zielorientierte Vernetzung.**

Wenn es bei der sogenannten „Vision“ wie mehrfach betont um das „**große Ganze**“ gehen soll und damit auch Ausgaben begründet werden, die den ohnehin schon überstrapazierten Bassumer Kommunalhaushalt wohl über Jahrzehnte belasten würden, bleibt die Frage nach den dort **nicht berücksichtigten Entwicklungsbereichen/Grunddaseinsfunktionen:**

- Wohnen
- Arbeiten
- Sich versorgen/Einkaufen (Problembereich Sulinger Str.!)
- Verkehr
- Freizeit und Kultur
- Demographische Entwicklung
- Inklusion/Barrierefreiheit
- Gesundheit
- Kommunaler Beitrag zur Energiewende.

Wie wollen wir uns hier aufstellen und welche Kosten kommen dabei auf uns zu?

Wenn wir jetzt viele Millionen Neuschulden für die sogenannten „Vision“ aufnähmen, wäre das sehr weit von einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Politik entfernt. Wenn schon „Generationenprojekt“, dann bitte mit einer vorherigen breiten Abstimmung der generellen Entwicklungsziele für Bassum!

Deshalb noch einmal: **Eine Grundsatzentscheidung für die sogenannte „Vision“ wäre ein fataler Fehler und würde viele Entwicklungsoptionen für die nächsten Jahre blockieren.**

Es bedarf jetzt einer grundlegend neuen ergebnisoffenen Diskussion. Wir sprechen uns für die Entwicklung einer ganzheitlichen Vision, eines Leitbildes, für Bassum aus. Unter intensiver Einbeziehung aller Bürger und Interessengruppen, ohne Ausschlüsse und Parteienproorz.

Zum Thema der Grundschulstandorte:

Im Moment sollte keine Bassumer Grundschule geschlossen werden. Fatal wäre es, die einzige ad hoc und ohne Investitionen für die Inklusion bereite Schule, die obendrein als einzige Schule nicht sanierungsbedürftig ist, zu schließen. Und das ohne alle Entscheidungskriterien sorgfältig diskutiert und abgewogen zu haben. Die Verknüpfung der Schulstandort-Diskussion mit anderen Standortentscheidungen und eine damit verbundene Fristsetzung ist und war nicht förderlich und auch nicht notwendig. Am Ende muss ein gutes Ergebnis stehen, mit dem alle Beteiligten leben können. **Parteipolitik, egal welcher Farbe, oder die Orientierung an Wahlperioden haben an dieser sensiblen Stelle nichts zu suchen.**

Eindimensionale Argumentation bei der Frage der Zukunft der Ortsteile sind dabei ebenso fehl am Platz (Schule weg = Ortsteil stirbt). Auch hier bedarf es, angesichts der demographischen Entwicklung, ohnehin weitreichender Überlegungen/Konzepte wie es in den Dörfern weitergehen kann und soll. Die Schulen sind dabei sicher nur ein möglicher Faktor unter vielen. Eine Reihe von Bassumer Ortsteilen hat in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass sie sich auch ohne Dorfschule hervorragend entwickelt haben und die Dorfgemeinschaft dank Feuerwehr, Schützenverein, Landfrauen, Landjugend etc. hervorragend funktioniert (Eschenhausen, Albringhausen, Ringmar ...).

Zur weiteren Bearbeitung des Themas verweisen wir auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen des Bürger-Blocks und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur **Einleitung eines Prozesses mit dem Ziel der Erarbeitung eines langfristigen Schulstandortkonzeptes für Bassum und seine Ortsteile** (vom 23.01.2012): Die Diskussion muss ergebnisoffen geführt werden. Deshalb benötigen wir zur Hilfestellung eine neutrale Instanz. Eine externe Beratung ist unvoreingenommen, hat idealerweise Erfahrung mit solchen (Bildungs-) Prozessen und ist damit unverzichtbar. Angesichts der Vielfältigkeit der Entscheidungskriterien müssen alle Schulen gleichermaßen auf den Prüfstand. Dabei sollen alle relevanten Akteure zu Wort kommen. Auch die Aufhebung der Schulbezirke und eine Befragung der zukünftigen Eltern über ihre Einschulungspläne wären für Prognosen sehr hilfreich und wichtig. Und wo bliebe die Bildungsgerechtigkeit, wenn in der Stadt maximal große Klassen und in den Dorfschulen kleinste Klassen unterrichtet würden?

Wir appellieren eindringlich an alle Mandatsträger im Stadtrat, persönlich und unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit zu überprüfen, ob sie es verantworten können, eine mögliche Grundsatzentscheidung für die sogenannte „Vision“ tatsächlich mitzutragen - mit allen noch nicht absehbaren finanziellen, Personen bezogenen und strukturellen Folgen!